



Edgar Wolfrum

Von der improvisierten zur geglückten Demokratie

Deutschlands schwieriger Weg
im 20. Jahrhundert



Reihe
Gesprächskreis
Geschichte
Heft 82

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 82

Edgar Wolfrum

Von der improvisierten zur
geglückten Demokratie.
Deutschlands schwieriger Weg
im 20. Jahrhundert

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

Herausgegeben von Michael Schneider
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn

Tel. 0228-8838062

E-mail: Doris.Fassbender@fes.de

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2009 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck: bub - Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2008

ISBN 978-3-86872-067-9

ISSN 0941-6862

Vorwort

Das Jahr 2009 kann geradezu als „Jubiläumsjahr“ der jüngeren deutschen Vergangenheit gelten. Die Zahl der Gedenktage ist eindrucksvoll, was einmal mehr auf die Bedeutung der „Neuner-Jahre“ für die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert verweist: 1919 – 90 Jahre Gründung der Weimarer Republik, der ersten deutschen parlamentarischen Demokratie; 1929 – 80 Jahre „Schwarzer Freitag“ und Beginn der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die den Weg für die Machtübertragung an Hitler und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur bereitete; 1939 – 70 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs, der unermessliches Leid über die Menschen nicht nur in Europa brachte; 1949 – 60 Jahre Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen demokratischen Republik, also 60 Jahre deutsche Teilung und Spaltung Europas; 1969 – 40 Jahre Bildung der sozial-liberalen Koalitionsregierung, die mit ihrer Neuen Ostpolitik den Weg zur Auflösung der Blöcke öffnete; 1989 – 20 Jahre Friedliche Revolution, der Auftakt zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas. Gemeinsam ist diesen Erinnerungstagen, dass sie Stationen auf dem schwierigen, von Rückschlägen und Katastrophen überschatteten Weg der Deutschen zur Demokratie bezeichnen.

In einer Reihe von Vortragsveranstaltungen, Workshops und Tagungen sowie Ausstellungen und auch Publikationen werden wir im Jahr 2009 an die hinter den Gedenktagen stehenden Ereignisse und Entwicklungen erinnern. Mit dem Vortrag von Prof. Dr. Edgar Wolfrum zum Thema „Von der improvisierten zur geglückten Demokratie“, gehalten am 26. Februar 2009 im Berliner Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung, werden diese Einzeldaten in eine Gesamtinterpretation der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert eingeordnet. Prof. Wolfrum, der für die Bundesrepublik Deutschland den Begriff der „geglückten Demokratie“ geprägt hat, entwirft mit seiner Analyse der großen, das vergangene Jahrhundert bestimmenden Themen und Konflikte –

Verfassungen, Revolutionen, Krieg und Frieden, Wirtschaftskrisen, Demokratie und Diktatur – ein ebenso komplexes wie differenziertes Bild des „langen 20. Jahrhunderts“.

Bonn, im Februar 2009

Prof. Dr. Michael Schneider
Leiter des Historischen Forschungszentrums
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Edgar Wolfrum

Von der improvisierten zur geglückten Demokratie. Deutschlands schwieriger Weg im 20. Jahrhundert

Obwohl es sich die Historiker angewöhnt haben, das 20. Jahrhundert als ein „kurzes Jahrhundert“ zu bezeichnen, kann diese Formel nicht richtig überzeugen. Umrahmt wird das „Zeitalter der Extreme“ nach allgemeiner Lesart von den Schlüsseljahren 1917 und 1989; mit der Oktoberrevolution in Russland und dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg entstand der Weltkonflikt zwischen Kommunismus und Kapitalismus, es begann die Zweiteilung der Welt, die sich seit 1989 im Untergang des Ostblocks auflöste. „Kurz“ ist das 20. Jahrhundert damit allenfalls unter politikgeschichtlicher Perspektive. Wählen wir hingegen den Blickwinkel der Erfahrungsgeschichte, dann präsentiert sich das Jahrhundert als ein langes, und gerade für die Deutschen als ein extrem langes Jahrhundert. Mit Leichtigkeit hätte der Stoff, das Drama dieses Jahrhunderts zwei, ja drei Jahrhunderte ausfüllen können. Ein Deutscher, der um 1900 geboren wurde, konnte, wenn ihm ein langes Leben beschieden war, Erfahrungen machen mit fünf Deutschlands, konnte fünf deutsche Staaten erleben, die unterschiedlicher nicht hätten sein können, von denen wiederum vier untergingen – eine Untergangshäufigkeit innerhalb kürzester Zeit, die einmalig ist in der ganzen Weltgeschichte: 1918 wurde die Monarchie zu Grabe getragen, ging in den Stürmen des Ersten Weltkrieges das Kaiserreich zugrunde; die überforderte Weimarer Republik existierte mit Mühe und Not nur bis 1933; das totalitäre „Dritte Reich“ war 1945 endlich zertrümmert; die realsozialistische DDR überlebte immerhin vierzig Jahre; nur die Bundesrepublik erwies sich als stabil und besteht, wenngleich seit 1990 in veränderter Weise, bis heute fort.

Deutschland und die Deutschen haben sich, oft ungewollt und erzwungener Maßen, in diesem Jahrhundert stärker verän-

dert und gewandelt als irgendein Land, als irgendein Volk auf der Erde. Die Mitte Europas war ein großes Laboratorium, eine „Hexenküche“, an denen die Nachgeborenen ebenso furchtbare wie fruchtbare Experimente studieren können. Wer das Scheitern einer Demokratie ergründen möchte, der bleibt auch heute noch auf die Weimarer Republik verwiesen. Wer einen abgrundtiefen Zivilisationsbruch erforscht, blickt auf den Nationalsozialismus. Wer eine trotz allem geglückte Demokratie analysiert, widmet sich der Bundesrepublik. Weiter: In den Bombennächten des Zweiten Weltkrieges und im Neubau nach 1945 veränderte sich das Gesicht deutscher Städte dramatisch, auch die deutsche Landschaft war am Ausgang des Jahrhunderts eine völlig andere als am Beginn. In anderen Ländern waren die Veränderungen bei weitem nicht so gravierend. Gleiches gilt für die Infrastruktur. In diesem Bereich schlug die 40-jährige deutsche Teilung die größten Wunden. Denn die traditionelle West-Ost-Achse drehte sich auf Nord-Süd. Kaum noch etwas verbindet die deutsche Gesellschaft unserer Zeit mit jener am Beginn des 20. Jahrhunderts: Sozialmilieus sind eruiert oder zerschlagen worden, zwischen den Lebensstilen und Mentalitäten um 1900 und heute klaffen Ozeane. Ganze Gesellschaftsschichten, die in der Zwischenkriegszeit eine verhängnisvolle Rolle spielten, besonders die ostelbischen Junker, sind verschwunden. Europa 1945 – das war ein zerstörter und auch moralisch bankrotter Kontinent mit desillusionierten Menschen; Europa heute – das ist ein kräftiges Zentrum mit Konsumgesellschaften und Menschen, die noch niemals in der Geschichte so großen Wohlstand angehäuft hatten. Während sich in den Staaten Europas Traditionen hielten, wurde Deutschland sozusagen durchgeschleudert. Es war vor allem für die Deutschen ein wendungsreicher Weg von der heroisch-kriegerischen Vergangenheit zur konsumorientierten und dann postmateriellen Zukunft.

Wie kein anderes Land hat Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Welt den Stempel eingebrannt: Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Zivilisationsbruch des Holocaust.

„Verspielte Größe“ nannte es der amerikanische Historiker Fritz Stern später. Und in der zweiten Hälfte seit 1945 dominierte zunächst die deutsche Frage das Verhältnis der Supermächte untereinander. Sie war die Weltfrage, das alles Beherrschende, Frontlinie und Brennpunkt des Kalten Krieges. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961. Danach war sie stillgelegt, nicht tot, zum Erschrecken vieler zuckte die deutsche Frage immer wieder einmal, bevor sie 1989 das Weltgeschehen unerwartet erneut bestimmte.

Man muss sich davor hüten, die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine große Saga von abgrundtiefer Schuld, geleisteter Sühne und gewährter Vergebung zu erzählen. Dass Geschichte keinem heimlichen Plan folgt, sondern Kontingenz vorherrscht und stets Weggabelungen, Alternativen auftauchen, ist eine Binsenweisheit. Dies bedeutet freilich keineswegs, dass es nicht auch merkwürdige Zufälle geben kann. So zeigt die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts eine sinnfällige, ja bestürzende Konzentration zentraler Ereignisse auf 9-er Jahre. Es beginnt mit der Weimarer Reichsverfassung und Nationalversammlung, mit denen 1919 die erste deutsche Demokratie eingeleitet wurde, setzt sich über den „schwarzen Freitag“ 1929 fort, der die Weimarer Republik endgültig in den Strudel des Niedergangs riss, kulminiert 1939 in der deutschen Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, geht in die doppelte Staatsgründung von Bundesrepublik und DDR 1949 über zum Machtwechsel von 1969 und zum Fall der Berliner Mauer 1989.

9er Jahre scheinen, im Guten wie im Bösen, deutsche Jahre zu sein. Wenn wir uns heute mit ihnen befassen, so nicht, um im Schwelgen einer Geschichtsseeligkeit und Selbstgefälligkeit den Raum für Gegenwart und Zukunft eng zu machen. Geschichte ist immer Gegenwart. Deutungen der Vergangenheit wurzeln im jeweiligen Verständnis der gegenwärtigen Zeit und reflektieren somit auch Zukunftsoptionen. Wenn wir also Geschichte in diesem Sinne als Aufklärung begreifen, werden Räume nicht eng gemacht, sondern im Gegenteil ausgeweitet. Darum geht es mir.

Miteinander vergleichen möchte ich im Folgenden fünf Umbrüche und Zäsuren, die Wandlungsprozesse in Gang setzten, Lernerfahrungen bewirkten. Beginnen werde ich mit den Verfassungen: Weimarer Verfassung 1919 und Grundgesetz 1949. Daran schließen sich Betrachtungen zu Revolution in Deutschland an: 1918/19 und 1989, dann zu Krieg und Frieden: 1939 und 1969, gefolgt von den Wirtschaftskrisen: 1929, 1979 und 2009, und schließlich, am Ende, Demokratie und Diktatur: 1949 und 1989. Erfahrungsgeschichtlich ist das 20. Jahrhundert ein wahrhaft langes Jahrhundert.

1919 – 1949: Verfassungen

Hätte die Katastrophe verhindert werden können? Musste die Dauerkrise zwangsläufig auf ein Scheitern hinauslaufen? Unter diesen Fragen stand lange jede wissenschaftliche und politische Beschäftigung mit Weimar. Doch die Weimarer Republik war viel mehr als bloß ein improvisierter Übergang zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur. Es ist durchaus falsch, die Weimarer Reichsverfassung von 1919 als einen wesentlichen Grund für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie zu bezeichnen. Unter günstigeren Bedingungen hätte sie eine gesellschaftliche und politische Entwicklung prägen können, wie wir sie seit 1949 mit dem Grundgesetz erlebt haben. Die Weimarer Verfassung war in vielen Punkten klug und diente für viele Länder noch lange als Vorbild. Die französische Verfassung der V. Republik von 1958, die im Wesentlichen bis heute gilt, ist entscheidend von Weimar beeinflusst. Dies gilt sowohl für die herausgehobene Stellung des Präsidenten wie für die Notstandsvollmachten des Staatsoberhauptes, von denen de Gaulle bekanntlich sehr wohl Gebrauch gemacht hat. Nach den friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989 und dem Untergang des Kommunismus sehen wir in etlichen Transformationsstaaten folgendes Bild: Der Grundrechtsteil dieser Verfassungen beruht vor allem auf dem deutschen Grundgesetz von 1949 – das übrigens auch die spanische Verfassung nach dem Tod Francos und der Demokra-

tisierung seit 1975 stark beeinflusste – und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Fast überall ist die Verfassungsgerichtsbarkeit – ein Glanzstück des Grundgesetzes – nach dessen Modell übernommen. Doch die Rolle des Staatspräsidenten ist in vielen ostmitteleuropäischen Verfassungen nach dem Vorbild des französischen Staatspräsidenten festgelegt worden, welches wie gesagt wiederum nach dem Muster der Weimarer Verfassung ausgestattet ist.

Die Macht des direkt gewählten Präsidenten sowie die präsidiale Reserveverfassung zur parlamentarischen Normalverfassung entließen die Weimarer Parteien aus ihrer Verantwortung – mit schwer wiegenden Folgen. Wenn das Parlament nicht funktionierte, sprang der Präsident ein. Wahr ist jedoch auch, was niemand vorhersehen konnte: Die Weimarer Verfassungsparteien hatten bereits 1920, vor allem durch die Annahme des Versailler Friedensvertrages, für immer ihre Mehrheit verloren. Und zur Wahrheit gehört ebenso, dass die Demokratisierung des Wahlrechtes und das Frauenwahlrecht die Rechtsparteien begünstigten. Weimars Problem war es, dass die Verfassung nur eine „hingenommene“ und eben nicht eine von den meisten Deutschen „angenommene“ Verfassung war, auch dass sie mit dem Odium der Kriegsniederlage und des „Versailler Diktats“ belastet blieb. 1919 hatte man zudem keine „Lehren“, keine Erfahrungen wie 1949. Die Verfassung der Frankfurter Paulskirche von 1849 findet bis heute immer eine freundliche Würdigung, doch profitiert sie davon, dass sie nie einer Probe, nie dem Ernstfall ausgesetzt war. Nicht von Beginn an galt die Weimarer Verfassung als misslungen, im Gegenteil. Bildete ein Verhältnismahlrecht den Willen des Wahlvolkes im Sinne basisdemokratischer Gerechtigkeit nicht besser ab als jedes andere denkbare? Waren die plebiszitären Bestandteile, waren Volksbegehren und Volksentscheide, nicht urdemokratisch? Und war die Verpflichtung auf einen modernen Sozialstaat, die weit über das Grundgesetz hinausging, nicht wegweisend? Wer konnte 1919 an die Schattenseiten denken – dass eine extreme Parteienzer-

splitterung eintrat, dass die plebiszitäre Massenmobilisierung die Demokratie untergrub, dass die antidemokratische Rechte massiv gegen den Sozialstaat vorging und damit gegen einen Kern der demokratischen Ordnung?

Die Furcht vor einer Wiederkehr der Weimarer Verhältnisse stand an der Wiege des Bonner Grundgesetzes 1949. Fast hatten die Väter und Mütter des Grundgesetzes einen Ballhausschwurf geleistet: aus diesen schlimmsten Erfahrungen lernen. Tatsächlich blieb eine neuerliche Katastrophe aus. Das konstruktive Misstrauensvotum bildet seit 1949 ein Glanzstück deutschen Verfassungsrechts. Und die Verfassungsgerichtsbarkeit ist der größte Erfolg unseres Verfassungssystems. Die wichtigste Lehre, die das Grundgesetz aus der Weimarer Entwicklung gezogen hat, ist jedoch die Begrenzung der Verfassungsänderung nach Artikel 79 Absatz 3 des GG. Dort heißt es, dass eine Änderung dieses GG, die die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berühren, unzulässig ist. Artikel 1 legt den Schutz der Menschenwürde und die Geltung von Grundrechten fest. Artikel 20 enthält die Grundsätze der Demokratie, des sozialen Bundesstaates und des Rechtsstaates. Damit ist der Kern der Verfassung umschrieben. Und dieser Kern ist jeder legalen Änderung entzogen; die demokratische Republik kann nicht in eine Diktatur oder Monarchie umgewandelt werden. Dies ist deswegen so zentral, weil in der Weimarer Zeit sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten ihre klare Zielsetzung, mit der demokratischen Verfassung Schluss machen zu wollen, als rechtmäßig ausgeben konnten. Hitler postulierte, mit legalen Mitteln die Demokratie aushebeln und abschaffen zu wollen. Nach dem überwiegenden Verständnis der Weimarer Verfassung war dies völlig legal, weil man die Demokratie mit 2/3 Mehrheit in eine Diktatur verwandeln konnte. Das so genannte Ermächtigungsgesetz ist 1933 formell mit verfassungsändernder Mehrheit verabschiedet worden.

Keine demokratische Verfassung der Welt enthielt damals jedoch eine Sicherung des Verfassungskerns gegen Verfas-

sungsänderungen. Verfassungen, das muss man sich klar machen, sind Rahmen und Richtmaß der Politik – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wie die Politik den Rahmen ausfüllt und wie sie Ziele verwirklicht, ist eine ganz andere Sache. Entscheidend ist nicht unbedingt die Konstruktion der Verfassung, sondern die Situation der Zeit. Das gesellschaftliche Einverständnis mit dem Grundgesetz wuchs nach 1949 in einer langen Periode von Frieden und Wohlstand; unvorhersehbare Gefahren von Existenz bedrohender Größe blieben glücklicherweise aus. So konnte sich der Konsens der demokratisch gesonnenen Bürgerinnen und Bürger entwickeln. Er war nicht von Anfang an vorhanden. Die Schönwetterphase dauerte lang – das war nicht nur Verdienst, sondern auch Glück. Die Bundesrepublik hatte im Übermaß das, woran es Weimar so sehr mangelte: Ruhe und Glück. Weimar hingegen hatte Hektik und Tragik.

Glück jedoch ist keine Garantie, ist kein Wechsel auf die Zukunft. Ein aktives Bewusstsein vom Wert der Demokratie muss immer wieder neu geschaffen werden – auch dies eine Erfahrung aus Weimar. Eine aktive Staatsbürgerrolle, Partizipation an der Demokratie, Hochschätzung von demokratischen Institutionen und Verfahren – all dies hat Dolf Sternberger vor genau dreißig Jahren, 1979, Verfassungspatriotismus genannt. Von konservativen Kritikern ist dieser Verfassungspatriotismus als fades Akademikerkonzept bezeichnet worden, dem es an Emotionalität fehle. Affekt- und Erlebnisarmut kennzeichne diese Form des Patriotismus. Doch warum sollte dies so sein? Und wenn dies so wäre? Nach der Hysterie und der exzessiven Emotionalisierung im „Dritten Reich“ konnte man eigentlich nichts dagegen einwenden, wenn die politische Kultur der Deutschen sich beruhigt hatte und die Menschen vor allem stolz auf ihre demokratischen Lernleistungen waren und sind. Deshalb wäre es 1990 angebracht gewesen, das Grundgesetz von seinem einzigen Makel zu befreien: Es ist nie in einer Volksabstimmung angenommen worden. Im Jahr 1949 sprachen alle guten Gründe gegen ein Plebiszit – das GG sollte nicht mehr als ein „Proviso-

rium“ für eine „Übergangszeit“ sein. Doch 1990, nachdem sich das Grundgesetz seit 40 Jahren bewährt und es sich herausgestellt hatte, dass es eine veritable Verfassung war, die zu rühmen sich die Deutschen nicht zu scheuen brauchen, hätte es dem wiedervereinigten Land gut zu Gesicht gestanden, dem Volke diese Verfassung zur Abstimmung vorzulegen.

1918/19 – 1989: Revolution

Die Grundlage der Republik von Weimar war der Kompromiss zwischen den gemäßigten Teilen der Arbeiterschaft und den gemäßigten Teilen des Bürgertums. Ohne diesen Kompromiss hätte es Weimar als parlamentarische Demokratie gar nicht gegeben. Dass es 1918/19 zu einer „gebremsten Revolution“ kam, lag von Anfang an auch darin begründet. Außerdem ließ sich in einem hoch industrialisierten Land, das zudem gerade eine verheerende Weltkriegsniederlage erlitt und auseinander zu bersten drohte, nur schwer eine Revolution forcieren, die sämtliche Kontinuitäten zerbrach und Funktionseeliten in die Wüste schickte. Angst vor Chaos und Bürgerkrieg sowie strukturelle und ideologische Hypothesen begrenzten die Revolution 1918/19. Es waren die objektiven Überforderungen der freiheitlichen Kräfte in Deutschland, die der Revolution ihr Gepräge gaben, und weniger subjektives Versagen der Akteure, das allerdings zweifelsohne dazukam.

Das, was 1989 in der DDR stattgefunden hat, war ein dramatischer Prozess der Selbstbefreiung. Jürgen Habermas hat ihm das Etikett von der „nachholenden Revolution“ verliehen: „Nachholen will man, was den westlichen Teil Deutschlands vom östlichen vier Jahrzehnte getrennt hat – die politisch glücklichere und ökonomisch erfolgreichere Entwicklung.“ Dieser Prozess ging einher mit der Wiederherstellung der Zivilgesellschaft, die von der SED vierzig Jahre lang verhindert worden war. Wenn sie zuvor eingefordert worden war – wie beim Volksaufstand des 17. Juni 1953, eine weitere vergebliche Re-

volution in Deutschland – hatte sie die Führung erbarmungslos niederschlagen lassen. Zwangsmethoden des Regimes hatten seither eine tägliche Anpassung der Menschen an die Diktatur nötig gemacht. Nun, 1989, wurde diese Passivität eruptiv abgeschüttelt. Steht der Sturm auf die Bastille im Jahr 1789 als Chiffre für die Französische Revolution, so der Mauerfall für das Ende des Kalten Krieges. Beides hat mit dem Symbolcharakter der Architekturen zu tun: die Bastille war ein Staatsgefängnis und die Mauer bildete den Gefängnis-Charakter der DDR ab.

Die weltpolitische Zäsur von 1989 erwies sich als so tief wie die von 1789. Innerhalb weniger Monate verschwanden kommunistische Diktaturen vom Erdboden, scheinbar unerschütterliche Machtstrukturen fielen in sich zusammen wie morsches Gebälk. Das Symbol für die Teilung der Welt in zwei Blöcke war das geschlossene Brandenburger Tor in Berlin gewesen, seine Öffnung und der Mauerfall symbolisierten die Zeitenwende des Jahres 1989. Mit dem Untergang des Kommunismus versank auch die globale Machtstruktur des Kalten Krieges: das bipolare internationale System. Für Deutschland brachte der Kollaps des kommunistischen Blocks nach 40 Jahren Teilung die Wiedervereinigung. Und er brachte eine zusätzliche Verankerung der freiheitlichen Demokratie.

Die nationalsozialistische Diktatur wirkte und wirkt bis heute nach als das stärkste Argument für Demokratie, Freiheit und Frieden in Deutschland. In der Erinnerung nehmen die „deutsche Katastrophe“, also der verhängnisvolle Misserfolg der Demokratie und die gerade daraus abgeleitete Verpflichtung zur Demokratie einen ähnlichen Stellenwert ein wie bei anderen Völkern die Erinnerung an eine erfolgreiche demokratische Revolution. Mit der friedlichen Revolution von 1989 in der DDR trat zum deutschen Gedächtnis endlich ein positiver, ein glanzvoller Bezugspunkt hinzu. Deutschland ist seit 1989 nicht länger das Land der ausgebliebenen, der gescheiterten oder stecken gebliebenen Revolutionen. Es hat, dank der Ostdeutschen, seine

erfolgreiche Revolution, einen auf breiter sozialer Basis beruhenden Akt der Selbstbefreiung. Zum negativen Gedächtnis der alten Bundesrepublik, aus dem kontrastiv der Stolz auf demokratische Lernleistungen abgeleitet werden konnte, tritt seit 1989 das positive Gedächtnis hinzu. Diese Erfahrung ist auch deshalb so unendlich anders als in Weimar, da die neue Bundesrepublik keine ungelernte Demokratie mehr ist, sondern sich in Jahrzehnten zu einem verlässlichen und geachteten Partner in der Welt entwickelt hat. Und warum nicht an 1789 denken, 200 Jahre danach: so entstünde ein gesamteuropäischer Erinnerungsort des Durchbruchs zur Freiheit.

Das drückende Gewicht der Vergangenheit ist für die Gestaltung einer nachrevolutionären Gegenwart von nicht zu überschätzender Bedeutung. Auch dies wird im Vergleich zwischen den Revolutionen 1918/19 und 1989/90 sichtbar. Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige Sozialdemokraten verlangten 1918 zunächst gemeinsam, die für den Kriegausbruch relevanten Akten zu veröffentlichen, um das alte Regime bloßzustellen, den Menschen die Schuld der deutschen Machthaber am Krieg vor Augen zu führen und so die Revolution auch geistig zu legitimieren. Darüber hinaus rief die Nationalversammlung 1919 einen Untersuchungsausschuss ins Leben, der, so der linksliberale Hugo Preuß, einer der Väter der Weimarer Verfassung, das deutsche Volk davor bewahren sollte, „dass Männer, die an seinem schweren Schicksal mitschuldig sind, wieder zu Amt und Würden kommen oder sonst öffentlichen Einfluss erlangen“. Ein wichtiger Impuls zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kam also aus den Reihen der deutschen Politiker selbst und wurde nicht – wie nach dem Zweiten Weltkrieg – von den alliierten Siegermächten verordnet. Warum aber unterblieb der moralische Bruch mit der Vergangenheit nahezu vollständig?

Die Mehrheitssozialdemokratie konnte sich nicht zur Aufhellung der Kriegsursachen und zur Aktenpublikation durchringen, weil sie Gefangene des 4. August 1914 blieb und auch jetzt noch meinte, eine „nationale Gesinnung“ verbiete tief schürfende

Selbstkritik. Man fürchtete, die historische Wahrheit könne die alliierten Kriegsgegner zu einem Vernichtungsfrieden gegenüber Deutschland veranlassen. In der Folge erschien die Weimarer Republik ihren Gegnern von rechts als „undeutsch“, und ihren Gegnern von links als „reaktionär“ – beide Extreme bezogen ihre Identität aus der Denunziation der parlamentarischen Demokratie. Was beiden Weimar so verächtlich machte, war, dass dieser Staat erstmals in der deutschen Geschichte nicht auf ein Feindbild gegründet war. Mit umso größerer Feindschaft wurde die Republik bekämpft, wobei sich der unterbliebene Bruch mit der Vergangenheit als schwerer Fehler erwies. Denn die Kriegsunschuldflüge entpuppte sich als Zwillingschwester der Dolchstoßlegende.

Natürlich wucherten auch nach 1989 Legenden. Zum Beispiel, dass die DDR am Verrat Gorbatschows untergegangen sei. Doch die Aufarbeitung der SED-Diktatur nach 1989 konnte sich auf zahlreiche Erfahrungen stützen. Sie wurde von Beginn an verglichen mit der NS-Vergangenheitsbewältigung nach 1945, nicht zuletzt in dem Sinne, dass Defizite und Fehler, die seinerzeit begangen worden waren, nun vermieden werden sollten. Zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution in der DDR wird auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur von vielen in Ostmitteleuropa als beispielhaft für eine gelungene Form des Umgangs mit dem Erbe der kommunistischen Vergangenheit gesehen, angefangen bei den Leistungen der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), der Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages bis hin zur Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. In zahlreichen anderen Staaten Europas, z.B. in Polen und der Tschechischen Republik, sind mittlerweile vergleichbare Behörden der Aufarbeitung und Institutionen der Aufklärung eingerichtet worden oder werden angestrebt. Immer geht es dabei um beides: Darum, die Lebensläufe der Menschen zu achten und zu bewahren; und darum, die Diktatur aufzuarbeiten. Anders gesagt: Die

Anonymität der Strukturen wird konfrontiert mit der Individualität der Lebensgeschichten.

Schließlich ist der Umgang mit Vergangenheit heute keineswegs mehr national strukturiert. Die Europäer beanspruchen eine gemeinsame Zuständigkeit – eine Staaten übergreifende Geschichts- und Erinnerungspolitik wird als europäische Gemeinschaftsaufgabe deklariert mit durchaus ambivalenten Folgen, die solchen Normierungen der Vergangenheit innewohnen. Zu verzeichnen sind mehrere Initiativen europäischer Institutionen, die verschiedenen diktatorischen Vergangenheiten und ihre Folgen als gemeinsame Geschichte zu begreifen und einen einheitlichen Umgang mit diesen zu etablieren. Beispiele dafür sind u.a. die Deklaration des Stockholm International Forum on the Holocaust (2000), die Entschließungen des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus (2005) und zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs (2005), die Resolution des Europarats bezüglich der Notwendigkeit einer internationalen Verurteilung von Verbrechen totalitärer kommunistischer Regime (2006) und dessen Empfehlung zur Notwendigkeit der internationalen Verurteilung des Franco-Regimes in Spanien (2006). Der Vorschlag zur Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Gedenktags für die Opfer der stalinistischen und nationalsozialistischen Verbrechen vom August 2008 unterstreicht Entwicklungen hin zu einem Geschichtsraum, für den die Europäer eine gemeinsame Zuständigkeit beanspruchen.

Durch das Europa der Nach-Wende-Zeit verläuft allerdings eine erinnerungskulturelle Trennlinie, deren Schnittstelle Deutschland ist: Während für den alten Westen die Erinnerung an den Holocaust allmählich eine Art Gründungsmythos wurde, steht für die neuen EU-Mitglieder die Erinnerung an die sowjetische Hegemonie, verkörpert durch den Gulag, im Zentrum. Die Erinnerung an Holocaust und Gulag teilt Europa noch immer in West und Ost. Ob der Holocaust dennoch das singuläre konstituierende Ereignis einer gemeinsamen europäischen Erinnerung

bleibt, wird fraglich. Während nämlich Westeuropäer das normative Axiom der Singularität des rassistischen Holocausts nach wie vor herausstellen und aus dem Leiden der Weltkriege den Versuch politischer (westeuropäischer) Integration ableiten, sehen viele Osteuropäer die Vergangenheit anders. Sie sind mit der Aufarbeitung des anderen, auf Klassenbasis verübten Unrechts beschäftigt; vor allem daraus rechtfertigen sie ihre nationale Unabhängigkeit.

1939 – 1969: Krieg und Frieden

Bis 1945 war Europa der am meisten blutgetränkte Kontinent, war es das Schlachtfeld der Weltgeschichte. Ob und wie dieser Kontinent der Gewalt zur Ruhe kommen würde, hing entscheidend von den Deutschen ab. Als Mobilisierungs- und Kriegsstaat hatte das nationalsozialistische Regime seit 1939 untrennbar Raumeroberung und Rassenvernichtung miteinander verknüpft und den totalen Krieg bis zum bitteren Ende, bis zur totalen Niederlage geführt. Die Bejahung des Krieges und der Wille zum Krieg waren immanente Bestandteile der nationalsozialistischen „Weltanschauung“. So hat der Nationalsozialismus den Krieg nicht allein in das Kalkül seiner Politik einbezogen – wie das Deutsche Kaiserreich vor 1914 –, sondern der Krieg war als fester Bestandteil der NS-Politik eingeplant, und Judentum und Bolschewismus wurden zum identischen Gegner erklärt. Die Führung der Wehrmacht folgte dem bereitwillig und nur gelegentlich zweifelnd. Der Leitende Historiker des vom bundesdeutschen Verteidigungsministerium unterhaltenen Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Manfred Messerschmidt, fasste die Erkenntnisse vor rund dreißig Jahren folgendermaßen zusammen: „So muss der Krieg gegen die Sowjetunion, ein Angriffskrieg, wie alle andern deutschen kriegerischen Unternehmungen seit 1939, über den allgemeinen Unrechtsgehalt hinaus als ein von der Wehrmacht-, Heeres-, Luftwaffen- und Marineführung mitgeplantes Ereignis gewertet werden, das den absoluten Tiefpunkt der deutschen Militärgeschichte darstellt.“

Der Überfall auf Polen, die Besetzung Jugoslawiens, vor allem aber der Feldzug gegen die Sowjetunion brachten einen neuen Typ von entgrenztem Krieg hervor. Die Wehrmacht, die mit 10 Millionen Soldaten mehr als die Hälfte ihres Bestandes an der Ostfront einsetzte, war, wie man spätestens seit den Nürnberger Prozessen 1946 wissen konnte, wenn auch nicht wollte, Instrument wie Motor der nationalsozialistischen Rassen- und Eroberungspolitik gewesen. Sie hatte einen Krieg geführt, der nicht nur die militärische Niederlage des Gegners, sondern die Dezimierung der als rassistisch minderwertig geltenden Slawen und die Ausrottung der Juden wollte. Allein verantwortlich war die Wehrmacht für den Tod von 3,3 Millionen Kriegsgefangenen. Und dem Kommissarbefehl gehorsam ergeben, ermordete die Wehrmacht 1941/42 Tausende gefangener Politoffiziere der Roten Armee. Kaum ein Völkerrechtsverstoß war so offensichtlich wie die systematische Tötung regulärer uniformierter Kriegsgefangener. Noch nie zuvor waren deutschen Soldaten so unverhohlen von Staats wegen derart planmäßige Kriegsverbrechen befohlen worden.

Wie geht ein junger Staat, in diesem Falle die Bundesrepublik Deutschland, mit Krieg und Frieden allgemein und mit dem Militär im Besonderen um, dem in Deutschland seit jeher eine bewunderte Sonderrolle zugebilligt worden war? Über politische Gräben hinweg hatte die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft in den 1950er Jahren ihren Frieden mit Hitlers Armee geschlossen – die Ehrerklärung des Bundeskanzlers und das westalliierte Drängen nach einem neuen bundesdeutschen Wehrbeitrag trugen dazu bei. Eine „saubere“ Wehrmacht habe einen „normalen“ Krieg geführt. In den Fünfigern erschien eine Flut von Generalmemorien, unterstützt von Historikern, die eben noch selber Soldat gewesen waren. Darin wurde die Wehrmacht als naziferne, fast widerständige Organisation modelliert. Sie war in dieser Sicht ein schuldlos-schuldiges Opfer. Der Völkermord schien allein Sache der SS gewesen zu sein. Generalfeldmarschall Kesselring und andere Führer der Wehrmacht spielten bei der Eh-

renrettung eine gewichtige Rolle. Kräftige Netzwerke erwiesen sich als erfolgreich darin, Zeichen für die Unschuld der Wehrmacht zu setzen. Auch die Medien stimmten diese Melodie an. Die Illustrierte „Stern“ schrieb über die in Spandau inhaftierten Kriegsverbrecher am 5. Februar 1950: „Sie alle sind keine Verbrecher. Sie sind Gentlemen“. Von dieser bedrückenden Situation aus betrachtet ist es zu ermessen, wie ungeheuer schwierig es sein musste, zum Konzept von Wolf Graf von Baudissin vorzustoßen: Nämlich das Militär in die demokratische Gesellschaft zu integrieren, einen „Staatsbürger in Uniform“ herauszubilden.

Zum vollen Durchbruch gelangte dieses Ideal eigentlich erst in den 1970er Jahren. Dem musste der Machtwechsel von 1969 vorausgehen. Seit Mitte der 1960er Jahre hatte sich der Wind gedreht: Sozialdemokratische und liberale Politiker bezeichneten, flankiert von den Kirchen, den Krieg gegen die Sowjetunion als das, was er war, kein „normaler“ Krieg, sondern ein Vernichtungskrieg. Der sozial-liberale Machtwechsel 1969 war ein Bündnis für die Neue Ostpolitik – und die Neue Ostpolitik war Friedenspolitik, sie beruhte auf Gewaltverzichtabkommen. Dreißig Jahre nach der Kriegsentfesselung Hitlers wurde ein Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime deutscher Bundeskanzler – dies bedeutete einen tiefen historischen Einschnitt. Willy Brandt hatte Recht, wenn er sagte: „Jetzt hat Hitler endgültig den Krieg verloren.“

Seit dem Jahr 1901 wurde der Friedensnobelpreis vergeben, und im 20. Jahrhundert haben ihn vier Deutsche erhalten: 1926 Außenminister Gustav Stresemann, 1927 Ludwig Quidde, der wichtigste Vertreter der deutschen Friedensbewegung, 1935 Carl von Ossietzky, der bereits inhaftierte Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, und schließlich 1971 Bundeskanzler Willy Brandt. Als er am 10. Dezember 1971 in der Aula der Universität von Oslo die Urkunde und die Medaille entgegennahm, erschien das bundesrepublikanische „Modell Deutschland“, von dem er häufig sprach, als „Friedensmacht“. Die Bundesrepublik setzte sich bewusst von der aggressiven Hegemoni-

al- und Kriegspolitik des Deutschen Reiches ab und folgte den Leitsternen von Entspannung, Verständigung und Frieden. In der Begründung des Nobel-Komitees hieß es, Brandt habe mit seiner Neuen Ostpolitik – man dachte vor allem an den Warschauer Vertrag mit Polen – die Hand zur Versöhnung zwischen alten Feindesländern ausgestreckt. Kein deutscher Bundeskanzler stand je in weltweit so hohem Ansehen wie Brandt damals – Adenauer war nur im Westen geschätzt –, und seine Politik der Aussöhnung mit den Staaten Ostmittel- und Osteuropas umgab die Aura einer großen Friedenstat. Flankiert wurde die Idee einer „Friedensmacht“ dadurch, dass die sozial-liberale Regierung auf Impuls von Bundespräsident Gustav Heinemann Mitte 1970 die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ gründete, die nicht nur die Forschung vorantreiben, sondern auch den Friedensgedanken verbreiten sollte.

Am 7. Dezember 1970, nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, trat Willy Brandt vor das Denkmal des Warschauer Getto-Aufstandes, ordnete die Schleifen des niedergelegten Kranzes, trat zurück und sank plötzlich und für alle vollkommen unerwartet auf die Knie. Mit gesenktem Kopf und gefalteten Händen blieb er etwa eine halbe Minute in dieser Stellung, bevor er sich ruckartig erhob und schweigend den Ort verließ. Das Bild des knienden Kanzlers ging um die Welt. Es überhöhte die völkerrechtlichen Verträge von Moskau und Warschau durch eine moralische Kraft sondergleichen. Brandt wurde so zu einer Ikone des Friedens. Hermann Schreiber, mitgeister Journalist des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL, beschrieb mit Blick auf den biographischen Hintergrund Brandts als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus die Dramatik der Situation: „Dann kniet er, der das nicht nötig hat, da für alle, die es nötig haben, aber nicht knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.“ Und ein polnischer Beobachter stellte an den in Warschau ebenfalls anwesenden ZEIT-Journalisten Hansjakob Stehle die Frage, „ob die Bundesrepublik einen solchen Kanzler schon verdient“ habe.

Der Kniefall war das eindringlichste Symbol der Neuen Ostpolitik Willy Brandts, die zu einem Ausgleich mit den Ländern im Osten führte und die Westpolitik Konrad Adenauers ergänzte. Erst beides zusammen – Westintegration und Neue Ostpolitik – machte die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik komplett. Brandts Kniefall war ein Zeichen für die Veränderungen Deutschlands nach dem Krieg, nämlich dafür, dass die Deutschen aus ihrer Geschichte gelernt hatten. Er symbolisierte den Übergang von der Phase des Verdrängens zur Zeit der Anerkennung und Aufarbeitung deutscher Schuld. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker meinte viel später sogar, dass Brandts symbolische Geste die EU-Osterweiterung erst ermöglicht habe. Tatsächlich hat sie Vertrauen in die Deutschen geschaffen. Michail Gorbatschow war ab 1985 der erste Sowjetführer, der Zutrauen in die demokratischen Fähigkeiten der Deutschen hatte, der ihnen Vertrauen schenkte. Deshalb stieß er kühn und weitsichtig zugleich das Tor zur deutschen Einheit auf, die ohne die Neue Ostpolitik gar nicht denkbar gewesen wäre.

Bis zur Wiedervereinigung hatte die Bundesrepublik Deutschland nicht direkt an Kriegen teilgenommen. Meist floss viel Geld – und andere kämpften. Diese „Scheckbuchdiplomatie“ war seit den 1990er Jahren zu Ende; die Partner erwarteten mehr, die Deutschen sollten sich aktiv beteiligen. 1992 nahm die Bundeswehr erstmals an einem Einsatz der UNO teil und entsandte Soldaten nach Kambodscha. Auch in den jugoslawischen Krieg griff sie im Rahmen einer Kriegsbeteiligung der EU ein. Das Bundesverfassungsgericht stellte im Juli 1994 klar, dass Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Territoriums mit dem Grundgesetz vereinbar sind, wenn sie der Erhaltung und Durchsetzung des Friedens dienen. Eine neue Qualität erhielten die Auslandseinsätze der Bundeswehr unter der rot-grünen Bundesregierung seit 1998 – ausgerechnet in einer Konstellation, als die GRÜNEN, die in erheblichen Teilen aus der Friedensbewegung hervorgingen, erstmals an einer Regierung im Bund betei-

ligt waren. Sicherlich war es das Verdienst von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer, dass Deutschland sich heute im Konzert der Staaten und Mächte beteiligt – und zwar nach Maßgabe seiner eigenen Interessen und Geschichte. Auch wenn die Bundesrepublik heute größere internationale Verantwortung als jemals in ihrer Geschichte trägt und militärisch nicht mehr beiseite steht, so ist sie doch die treibende Kraft bei der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, der „global governance“. Dies ist das friedenspolitische Erbe der „alten“ Bundesrepublik. Gewaltprävention und Konfliktvermeidung werden auch die Grundpfeiler kluger Politik in der Zukunft sein müssen.

1929 – 1979 – 2009: Wirtschaftskrisen

Kaum etwas hat das Leben der Menschen in den Industrienationen in den letzten hundert Jahren so stark verändert wie die Wohlstandsexplosion, die neuen Konsummöglichkeiten und die technologische Modernisierung; und kaum etwas hat Staaten und Gesellschaften in größere Krisen gestürzt als ein Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums. Die galoppierende Inflation von 1923, die in eine Hyperinflation überging und für Millionen Deutsche eine faktische Enteignung bedeutete, war ein Generationen übergreifendes Trauma. Dass es nach dem „Dritten Reich“, welches eine Wirtschaft auf Pump betrieben hatte, und nach dem Zweiten Weltkrieg ähnlich würde, davon musste man ausgehen. Dass es anders kam, erschien vielen wie ein Wunder, ein „Wirtschaftswunder“. In der Währungsreform von 1948 sahen die meisten Deutschen die eigentliche Gründung der Bundesrepublik. Als Hüterin der Währung agierte die Bundesbank, sie setzte auf eine fast absolute Preisstabilität und mied die Inflation wie der Teufel das Weihwasser. Ausländische Beobachter belächelten oder kritisierten dies oft und spotteten über den „Bundesbunker“.

Mit der Initialzündung des amerikanischen Börsensturzes am „Schwarzen Freitag“, dem 24. Oktober 1929, hatte der bisher tiefste Strukturbruch in der Geschichte des westlichen Industriekapitalismus begonnen – von der unmittelbaren Gegenwart abgesehen. Deutschland wurde von ihm so tief wie kein anderes Land in Mitleidenschaft gezogen. Der seit Beginn der 1920er Jahre mühsam rekonstruierte Weltmarkt kollabierte, es kam zu einer „Entglobalisierung“, zur Abschottung der nationalen Volkswirtschaften. Weimar erlebte die Höllenfahrt in den Abgrund und überlebte sie nicht. Kurz nach dem Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank schien auch die Dresdner Bank zu kollabieren. Sie wurde mit öffentlichen Mitteln saniert, indem der Staat 75% des Aktienkapitals als Vertrauensbeweis selbst übernahm. Durch Notverordnung vom Februar 1932 wurde die Dresdner Bank faktisch in eine Staatsbank verwandelt. Ist es eine Ironie der Geschichte, dass sich der Staat 2009 bei der Commerzbank engagiert, nachdem sie ausgerechnet die Dresdner Bank gekauft hatte, aber die entstandenen Verluste nicht ausgleichen konnte? Die Krise von 1929 jedenfalls war viel mehr als eine Generationserfahrung für die Deutschen. Sie brannte sich tief in das kollektive Gedächtnis ein. Der ökonomischen Depression folgte eine des Gemüts, und die Arbeitslosigkeit entkoppelte die Betroffenen vom Rest der Gesellschaft. Menschen verloren ihr Selbstvertrauen und waren bereit, Heilsversprechen zu glauben und Demagogen zu folgen. Ohne die Schockerfahrung des Herbstes 1929 lässt sich die Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert gar nicht verstehen. Im Unterschied zur heutigen gewaltigen Finanzkrise hatte „1929“ keinen auch nur annähernd so traumatisierenden Vorläufer. 1929 war – von früheren kleineren konjunkturellen Abschwüngen abgesehen – pure Gegenwart. Dies ist heute anders: 2009 wissen wir, dass es 1929 gab.

Wirtschaft und Sozialstaat trugen in der Weimarer Republik, anders als in der Bundesrepublik, nicht zur Entschärfung von politischen Konflikten bei, sie stabilisierten die Demokratie

nicht, sondern untergruben sie. Weimars Selbstanspruch als „sozialer Volksstaat“, als ein – so Reichspräsident Friedrich Ebert – „Reich des Rechts und der Wahrhaftigkeit“, weckte unerfüllbare Erwartungen. In Weimar wurden die Fundamente des Sozialstaates, die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, nicht nur legislativ erweitert, sondern mit einem hochkarätigen Verfassungsrang von Grundrechten ausgestattet, ja, die Reichsverfassung enthielt weit mehr und Genaueres über die Aufgaben, Rechte und Pflichten des Einzelnen im Sozialstaat als das Bonner Grundgesetz mit seiner Generalklausel aussagt. Es war ein qualitativer Entwicklungssprung, dass die Sozialpolitik Verfassungsrang gewann. Dies trug zunächst zur Legitimation der jungen Republik bei. Aber angesichts der Massenarbeitslosigkeit infolge der Weltwirtschaftskrise am Ende der 1920er Jahre kehrte sich alles um. Eine Legitimationskrise entstand, die in eine Delegitimation der Republik mündete. Von dem in der Verfassung verbrieften „Recht auf Arbeit“ wurde nur noch mit bitterem Hohn gesprochen – das Vertrauen war gebrochen und mit ihm das Rückgrat der Demokratie.

In der Bundesrepublik hingegen erwies sich die Sozialpolitik durchgängig als die größte Integrationsklammer, die die Demokratie stabilisierte. Auch im Systemkonflikt mit der DDR galt Sozialpolitik als Waffe, was nicht vergessen werden darf. Ohne das Konkurrenzmodell der DDR wäre die Sozialstaatlichkeit nicht zu solch einem die Volksparteien übergreifenden Thema geworden. Die Deutschen waren auf der Suche nach Sicherheit und mieden das Risiko – dies war ein Ergebnis der Katastrophenerfahrung aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Wenn „Sicherheit“ zum alles bestimmenden außenpolitischen Schlüsselbegriff im Kalten Krieg avancierte, so war es innenpolitisch für die Bundesrepublik die „soziale Sicherheit“. Hinzu kam: Führungsschichten wie diejenige der Schwerindustrie, die vor 1933 antidemokratisch eingestellt gewesen war, spielten in der Bundesrepublik eine sehr viel geringere Rolle. Und vor allem:

Zu keiner Zeit musste sich die Bundesrepublik den Herausforderungen einer Großen Depression stellen.

Hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland ist einmal gesagt worden, bei ihr handele es sich um eine Wirtschaft, die sich einen Staat leiste. Die Bundesrepublik habe nicht eine Wirtschaft, sie sei eine Wirtschaft. Zweifellos zogen die Bundesdeutschen ihre Identität vor allem aus dem „Wirtschaftswunder“ und der „sozialen Marktwirtschaft“. Aber was wäre passiert, wenn Bonn wie Weimar 10 Jahre nach der Republikgründung in eine tiefe Wirtschaftskrise hineingezogen worden wäre? Hätte dies die zweite deutsche Demokratie überstanden? Wäre sie mehr als eine Schönwetterdemokratie gewesen? Wenn sich 1959 ein zweites 1929 ereignet hätte, wäre es für die Bundesrepublik eng geworden. Schon als 1966/67, also nach fast zwanzig Jahren Stabilisierung und Wirtschaftsboom eine kleine konjunkturelle Delle zu verzeichnen war, erhoben sich am rechten Rand anti-demokratische Kräfte. „Demokratie ist Wohlstand und Konsum“ – diese Formel, so muss man sagen, versöhnte die Deutschen mit der Republik. Anders ausgedrückt: Bonn hat jenes Glück gehabt, das Weimar fehlte. Auch dies, nämlich die Gunst der Zeitläufte, gehört zum Befund einer „geglückten Demokratie“.

Im 60. Jahr ihres Bestehens scheint es allerdings mit dem Paradestück der deutschen Nachkriegsgeschichte, der sozialen Marktwirtschaft, nicht gut bestellt zu sein. Die renommierte Bertelsmann-Stiftung förderte 2008 in einer repräsentativen Umfrage bedenkliche Einschätzungen zu Tage: Mehr denn je zweifelten die Deutschen an der sozialen Marktwirtschaft. Nur noch 31 Prozent der Bundesbürger hatten eine gute Meinung über das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik. Zudem empfanden 73 Prozent die Einkommens- und Vermögensverteilung als ungerecht. Kapitalismuskritik war dabei in den ostdeutschen Bundesländern besonders ausgeprägt, hier hielten 53 Prozent der Befragten die soziale Marktwirtschaft für schlecht und nur 19 Prozent schätzten sie. Aber auch in den Ländern der „alten“ Bundesrepublik sah es nicht gut aus: 35 Prozent gaben der so-

zialen Marktwirtschaft die Note mangelhaft, nur 34 Prozent beurteilten sie freundlicher.

Ist die soziale Marktwirtschaft, die in Ludwig Erhards Buchtitel von 1957 „Wohlstand für alle“ ihr populärstes Versprechen fand, also unsozial? Der Staat sollte, so der einfache Grundgedanke, die sozial unerwünschten Auswirkungen der Marktwirtschaft auch in Gestalt einer ausgeprägten Sozialpolitik korrigieren. Man darf aber nicht übersehen, dass die soziale Marktwirtschaft kein System war, das ein für alle Mal fertig war, sondern eine evolutionäre, also ständig veränderbare Ordnung darstellt und flexibel für neue Herausforderungen ist. Wirtschaftshistoriker unterscheiden heute drei Phasen: die erste umfasste das Jahrzehnt zwischen 1948 und 1958, hier wurde die soziale Marktwirtschaft praktisch in Politik und Gesellschaft eingepflanzt; zwischen 1959 und 1973 erreichte die Ordnung ihre Blütezeit, geprägt durch Vollbeschäftigung und boomende Wirtschaft; seit der dritten Phase ab 1974 und vor allem seit der zweiten Ölpreiskrise 1979 verblasste das Erfolgsmodell immer mehr, da internationale Wirtschaftskrisen und die Globalisierung ganz neue Rezepte erfordern. Dass Marktwirtschaft und dass soziale Gerechtigkeit aus ihrem Gegensatz herausgeführt werden sollten und staatliche Eingriffe notwendig sind, bleibt als Grundgedanke hochaktuell. Doch das Missverständnis beginnt dort, wo man glaubt, auch heute noch würde das deutsche Modell genauso funktionieren können wie in den 1950er und 1960er Jahren. Der damalige außergewöhnliche Boom mit nie wieder erreichten Wachstumsraten flankierte die soziale Marktwirtschaft à la Erhard. Manches spricht deshalb dafür, dass es ein Schönwetterkonzept war.

1949 – 1989: Demokratie und Diktatur

Mit der doppelten Staatsgründung von Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949 begann im Zeichen des Systemkonflikts ein Wettbewerb der politischen und sozialen Ordnung. Ein symbio-

tischer Antagonismus trieb die beiden Deutschlands, beides Geschöpfe des Kalten Krieges, in eine ungleiche Beziehungsgeschichte. Bereits der Volksaufstand des 17. Juni 1953 zeigte in aller Schärfe, dass die Macht der SED nur auf den Bajonetten der Roten Armee begründet war und sie gegen das Volk regierte. Deshalb war allein die Bundesrepublik das zukunftssträchtige Modell. Bundesrepublik und DDR, Demokratie und Diktatur, standen während der 40 jährigen Teilung der Nation immer gegeneinander, besonders in den 1950er Jahren. Danach ebnete der Konflikt ein wenig ab, aus dem verfeindeten Gegeneinander wurde ein geregelt-verfehdetes Nebeneinander und in den 1980er Jahren temporär auch ein abgeneigtes Miteinander.

Die Westdeutschen hatten 1949 unverhofftes Glück; anders die Ostdeutschen: sie waren ja nicht schuldiger an Hitler, mussten jedoch durch eine zweite Diktatur gehen. Warum ist in der zweiten deutschen Demokratie eine ähnliche Katastrophe wie in der ersten ausgeblieben? Worauf gründete die Stabilisierung? Was heute oft vergessen wird: Die Westalliierten zogen sich nicht zurück, blieben im Lande. Und Europa kontrollierte die Westdeutschen durch Integration. Die wichtigsten inneren Elemente für eine Stabilisierung der jungen bundesdeutschen Demokratie waren: Eine funktionale und dadurch, das muss betont werden, auch skandalöse Politik mit Blick auf die NS-Funktionseliten und des Umgangs mit der Vergangenheit. Diese Eliten wurden weniger bestraft als vielmehr in den neuen Staat integriert. Dann, schlicht und einfach: Man stand auf der richtigen Seite des Kalten Krieges; auf Kosten Ostdeutschlands profitierten die Westdeutschen vom Ost-West-Konflikt, sie waren die großen Nutznießer. Ebenso wichtig, gerade im Vergleich zur Weimarer Republik: Die Parteienvielfalt wurde eingedampft. Die CDU sog wie ein Staubsauger viele kleinere konservative Parteien auf. Rechts- und linksextreme Parteien wurden verboten. Das Drei-Parteien-System stabilisierte die junge Demokratie enorm. Mit der 5%-Sperrklausel, wie es das bundesdeutsche Wahlrecht zu seinem Vorteil besitzt, wären im entscheidenden

Jahr 1928 18 % der Abgeordneten nicht in den Weimarer Reichstag hinein gelangt. – Man kann sagen: Die Gunst der Stunde und die Regierungskunst, beides machte das Glück der jungen Demokratie aus.

Der Antifaschismus der DDR war der höchste aller moralischen Trümpfe, der auch 1989 noch stach. Der nationalsozialistische Zivilisationsbruch trieb in Westdeutschland eine Kultur der Scham hervor. Im Osten hat wie sonst nirgends im schuldbeladenen Deutschland der Antifaschismus den Kommunisten das Gefühl gegeben, auf der richtigen Seite zu stehen. Das gute Gewissen der Anhänger ist jedoch nur die eine Seite der Medaille – die andere ist der Kommunismus als Doktrin, als ein System mit größten Verbrechen. Die eine Seite der Medaille vermag die andere nicht zu retten, beide gehören zusammen.

1949 handelte es sich nicht um einen puren Demokratieimport, sondern um eine Mischung aus deutschen demokratischen Erfahrungen und westalliierten Prägungen. Anders als Weimar war Bonn viel Zeit zum Lernen vergönnt. So wurde die Bundesrepublik zu einer lernenden Demokratie, und die Lernprozesse sind das Entscheidende des Erfolges. Eingebettet in die übersichtlichen Fronten des Kalten Krieges, der westeuropäischen Integration und der transatlantischen Partnerschaft folgte auf eine Phase der Stabilisierung seit Mitte der 1960er Jahre eine Zeit der Pluralisierung, einer „Fundamentalliberalisierung“. Aus defensiven Demokraten wurden offensive. Man könnte auch sagen, dass es nach der adenauerisch-konservativen nun auch zu einer linksliberalen Anerkennung der Bundesrepublik kam: Aufgrund der geistigen, politischen und kulturellen Westbindung und der Lernleistungen der Deutschen galt den Linksliberalen die Bundesrepublik seither als „ihre“ Republik. Alles bündelte sich in dem fast erleichterten, hoffnungsfrohen Wort Kurt Sontheimers: „So war Deutschland nie“. Wie man es auch dreht und wendet: Niemals in der deutschen Geschichte hatte es einen Staat gegeben, der den Ansprüchen der Menschen nach Freiheit in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit in derart bemerkens-

werter Art und Weise gerecht zu werden vermochte. Die Bundesrepublik war der wichtigste Durchbruch zur Demokratie in Deutschland.

1989 in den „friedlichen“ oder „samtenen“ Revolutionen in Ostmitteleuropa manifestierten sich zum dritten Mal im 20. Jahrhundert die Kräfte der Befreiung und die Durchbrüche zur Demokratie. Das erste Mal war dies nach dem Ersten Weltkrieg geschehen, das zweite Mal nach 1945. Seit den 1970er Jahren hob diese dritte Welle zur Demokratie an, deren Krone 1989 erreicht war. Jenseits vieler berechtigter Kritik kann überhaupt nicht bestritten werden, dass die europäische Integration nach 1945 die erstaunlichste und größte Erfolgsgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darstellt; sie trug wesentlich zur Demokratisierung des Kontinents bei. Ende der 1970er Jahre stellte sich die Frage der Süderweiterung. In Griechenland, Spanien und Portugal gelang es, autoritäre Regime zu überwinden und den Weg zum Aufbau demokratischer Gesellschaften frei zu machen. Musste man diese Länder durch eine rasche Aufnahme in die EG dabei nicht unterstützen? Europa erwies sich als Förderer und Garant einer Demokratisierung. Dies war nach dem Ende des Kalten Krieges, bei der bisher letzten Erweiterungsrunde, der Osterweiterung, genauso.

Nach der Wiedervereinigung von 1990 ist die Bundesrepublik in vielerlei Hinsicht heterogener geworden. Ist Deutschland nach einer Zwischenepoche der Teilung seit 1990 wieder auf seinen „normalen“ historischen Pfad zurückgekehrt? So wird man das nicht sagen können. Zweifellos zog die alte Bundesrepublik bis 1989 Nutzen aus der Teilung; ihren Erfolg verdankte sie auch den Sonderbedingungen des Kalten Krieges und sie profitierte von einer in der deutschen Geschichte nie da gewesenen sozialen Homogenität, politischen Verständigung und kulturellen Balance. Das galt etwa für die Struktur des Parteiensystems, in dem eine radikale Linke fehlte; das galt für den marktwirtschaftlichen Aufbau, der ohne das Gegenmodell der DDR kaum denkbar gewesen wäre; das trifft allgemein für die Regie-

rungepolitik, aber auch für ökonomische Bedingungen zu. Ohne die Teilung wären Unternehmen wie Siemens oder Auto-Union und viele andere nie aus Berlin oder Zwickau nach Süddeutschland ausgewandert, und Bayern hätte mehr Mühe gehabt, sich vom Agrarland zum Hochtechnologieland zu entwickeln. Die Bundesrepublik heute ist heterogener, ungleicher. Dies betrifft die größere soziale Heterogenität und Ungleichheit, auch infolge einer hohen Zuwanderung, aber genauso die politische in Form des erweiterten Parteiensystems mit neuen Koalitionsmöglichkeiten, die besonders in den ostdeutschen Bundesländern zu einer Vielfalt führten, schließlich die nachlassende Bindung an bestimmte Parteien. Dennoch zeigte sich auf diesem Feld lange Zeit mehr Kontinuität als Wandel, denn gravierende Veränderungen im Parteiensystem und in der relativen Größenordnung der Parteien hat es bis zum Jahr 2005 nicht gegeben. Erst die vorgezogene Bundestagswahl vom September 2005 offenbarte große Veränderungen: Die Bundesrepublik ist zu einem Fünfparteiensystem und sie ist „linker“ geworden.

Sozialwissenschaftler haben fünf aktuelle Deutschlandtrends herausgefunden. Danach wird erstens der föderative Zusammenhalt der Bundesrepublik problematischer; allerdings war eine wirkliche Föderalismusreform ein Dauerbrenner in der Bundesrepublik seit ihrer Existenz. Zweitens öffnet sich das Parteiensystem, weshalb das Wahlverhalten unberechenbarer wird. Damit zusammen hängt drittens, dass Volksparteien und Koalitionsmuster an Verbindlichkeit verlieren. Viertens geht die sprichwörtliche Konsensorientierung verloren und macht einer (medialen) Konfrontation Platz. Ob dies allerdings nur negative Folgen hat, bleibt abzuwarten – auch nach 1949 standen sich Regierung und Opposition in klarer Alternative schroff gegenüber. Alles bündelt sich fünftens in einer zunehmenden politischen Unzufriedenheit; die Unterstützung der demokratischen Ordnung lässt nach und nähert sich den geringeren europäischen Werten an. Wenn es nicht beschwichtigend klänge, könnte man auch hier sagen: Die Deutschen sind „normaler“ geworden.

Kurz und kritischer ausgedrückt: Die demokratischen Perspektiven werden riskanter. Skeptiker meinen bereits wieder, dass die Bundesrepublik eine Schönwetterdemokratie sei, deren Bürgerinnen und Bürger ihre Zustimmung zur demokratischen Lebensform von der Effizienz von Markt und Staat abhängig machen. Aus historischer Perspektive ist allerdings Zurückhaltung geboten: Solche Krisenphänomene und Verdrossenheitsdebatten gab es seit 1949 in jedem Jahrzehnt des Bestehens der deutschen Demokratie. Historiker sind keine Propheten und die Vorhersage der Zukunft leidet an einer äußerst kurzen Halbwertszeit. Immerhin: Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive verbinden sich; insofern ist Geschichte – ich wiederhole, was ich ganz am Beginn gesagt habe – immer auch Gegenwart und Zukunft. Jedes Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts gedeutet. Erst im Rückblick erkennen die Deutschen, wie sie wurden, was sie heute sind. Natürlich dürfen wir uns nicht in eine sultanische Behaglichkeit einrichten. Das gilt vor allem für die Politik, die zu steuern hat und nicht zu rudern. Wir müssen aufpassen, dass Geschichte nicht zu einem Trostblickfang verkommt. Vor lauter Rückschau und Geschichtstaumel, darf das Land nicht vergessen, sich mit der Gegenwart zu befassen. Dennoch kommen wir ohne historische Erfahrung nicht aus. Geschichte zeigt uns nämlich, woher wir kommen – sie zeigt uns aber auch, was wir *nicht* mehr sind.

Literaturhinweise

- Abelshauser, Werner: Die langen 50er Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966, Düsseldorf 1987.
- Allemann, Fritz René: Bonn ist nicht Weimar, Köln/Berlin 1956.
- Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München 2006.
- Bauerkämper, Arnd (Hg.): Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970, Göttingen 2005.
- Ders. / Sabrow, Martin / Stöver, Bernd (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998.
- Bender, Peter: Deutschlands Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990, Bonn 2008.
- Berghahn, Volker R./ Vitols, Sigurt (Hg.): Gibt es einen deutschen Kapitalismus? Die soziale Marktwirtschaft im Weltsystem, Frankfurt/M. 2006.
- Block, Jan: Die Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 im Urteil der Nationalsozialisten, Frankfurt / M., Berlin, Bern u.a. 1997.
- Bollinger, Stefan / Heyden, Ulrich van der (Hg.): Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland, Berlin 2002.
- Bracher, Karl-Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf⁶1984.
- Brandt, Peter / Groh, Dieter (Hg.): Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860-1990, München 1992.
- Bussek, Holger (Hg.): Deutsche Verfassungen. Quellensammlung zur deutschen Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 2004.
- Buttlar, Cary von: Das vereinigte Deutschland in der überregionalen Presse von Frankfurt 1989-1994. Kontinuität und Wandel französischer Deutschlandbilder, Berlin 2006.
- Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.
- Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von der Gegenwart bis zu den Anfängen, Berlin 2009.
- Czempiel, Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999.
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München⁵1977.

- Depkat, Volker: Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007.
- Doering-Manteuffel, Anselm (Hg.): Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, München 2006.
- Hammerstein, Katrin/Mählert, Ulrich/Trappe, Julie/Wolfrum, Edgar (Hg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung?, Göttingen 2009.
- Eckert, Rainer / Bernd Faulenbach (Hg.): Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München 1996.
- Faulenbach, Bernd: Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, München 1974.
- Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben, Alltag in der DDR, Darmstadt 2008.
- Frei, Norbert (Hg.): Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts? Göttingen 2006.
- Galbraith, John Kenneth: Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen, München 2005.
- Gallus, Alexander (Hg.): Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln 2006.
- Greiffenhagen, Martin u. Sylvia: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, München 1979.
- Grimm, Dieter: Mißglückt oder glücklos? Die Weimarer Reichsverfassung im Widerstreit der Meinungen, in: Winkler, Heinrich August (Hg), Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S.151-161.
- Gusy, Christoph (Hg.): Weimars lange Schatten – „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003.
- Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt/M. 1990.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
- Ders.: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880-1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Bonn 1986.
- Herbst, Ludolf: Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt/M. 1996.
- Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Außenpolitik von Bismarck zu Hitler 1871-1945, München³2008.
- Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995.

- Hockerts, Hans Günther (Hg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004.
- Ders.: Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Dikatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998.
- Ders.: Zugänge zur Zeitgeschichte, Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2001, Bd. VIII, S. 15-30.
- Jäckel, Eberhard, Das deutsche Jahrhundert. Eine historische Bilanz, Stuttgart³1996.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Requiem auf eine Währung. Die Mark 1873-2001, Stuttgart, München 2001.
- Ders. / Frühbrodt, Lutz: Die Neugestaltung der US-Wirtschaftspolitik nach 1945. Die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit als Argument, Berlin 1997.
- Ders.: Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise, Wiesbaden 1982.
- James, Harold: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001, München 2004.
- Ders.: Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise, München, Zürich 2003.
- Jaraus, Konrad H. / Michael Geyer: Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichten im 20. Jahrhundert, München 2005.
- Ders.: Sowjetisierung und Amerikanisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt/M. 1997.
- Jesse, Eckhard/Eberhard Sandschneider (Hg.): Neues Deutschland. Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2008.
- Judt, Tony: Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München, Wien 2006.
- Kaelble, Hartmut: Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart, München 2007.
- Kerstingjohänner, Helmut: Die deutsche Inflation 1919-1923. Politik und Ökonomie, Frankfurt/M. 2004.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München⁷2009.
- Kotulla, Michael: Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom alten Reich bis Weimar 1495-1934, Berlin, Heidelberg 2008.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.

- Kleißmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen ⁵1991.
- Ders.: Arbeiter im Arbeiterstaat. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld, 1945-1971, Bonn 2007.
- Krugmann, Paul R.: Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/M. u.a. 2009.
- Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000.
- Limbach, Jutta (Hg.): Reproduktion der Verfassungsoriginale von 1849, 1971, 1919 sowie des Grundgesetzes von 1949, München 1999.
- Löwenthal, Richard / Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Stuttgart 1974.
- Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow, Göttingen 2006.
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1958.
- Maier, Karl J.: Zwischen Krise und Krieg. Frankreich in der Außenwirtschaftspolitik der USA zwischen Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg und das Problem der Sicherheit vor Deutschland, Stuttgart 1999.
- Meier, Charles S.: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt / M. 1999.
- Ders.: Die Gegenwart der Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen, Frankfurt/M., New York 1992.
- Merseburger, Peter: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart, München 2002.
- Messerschmidt, Manfred: Das Verhältnis von Wehrmacht und NS-Staat und die Frage der Traditionsbildung, in: Ders. Militärgeschichtliche Aspekte des deutschen Nationalstaates, Düsseldorf 1988, S. 233-255.
- Mooser, Josef: Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Conze, Werner / Lepsius, M. Rainer (Hg), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143-186.
- Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt/M. u.a. 1989.
- Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871 - 1925, Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006.

- Müller, Rolf-Dieter: Der letzte deutsche Krieg, 1939-1945, Stuttgart 2005.
- Nolte, Paul: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000.
- Osterhammel, Jürgen: Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2007.
- Raphael, Lutz: Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003.
- Recker, Marieluise: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002.
- Reulecke, Jürgen (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003.
- Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2007.
- Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004.
- Ders.: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
- Roth, Florian: Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1990), Baden-Baden 1995.
- Sabrow, Martin: Das Unbehagen an der Aufarbeitung, in: FAZ. Net 12. Januar 2009.
- Ders.: Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007.
- Ders.: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München 2003.
- Ders.: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969, München 2001.
- Schildt, Axel: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998.
- Schmidt, Helmut: Außer Dienst. Eine Bilanz, München 2008.
- Schmidt, Manfred G.: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder, München 2007.
- Schönhoven, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokratie zur Zeit der Großen Koalition 1966 – 1969, Bonn 2004.
- Schulze-Rhondorf, Gerd: Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg, München 2003.

- Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- Sontheimer, Kurt: So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur Deutschlands, München 1999.
- Stern, Fritz Richard: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, München 2007.
- Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.
- Thadden, Rudolf von: Nicht Vaterland, nicht Fremde. Essays zu Geschichte und Gegenwart, München 1989.
- Thamer, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1986.
- Timmermann, Heiner (Hg.): Historische Erinnerung im Wandel. Neuere Forschungen zur deutschen Zeitgeschichte unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Forschung, Berlin, Münster 2007.
- Ders.: Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit, Berlin 2001.
- Trudkowski, Dominik: Der Sturz der Diktatur. Opposition in Polen und der DDR, Berlin, 2007.
- Ullrich, Sebastian: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2009.
- Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1999.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949-1990, Bd. 5, München 2008.
- Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, Bd. 4, München 2003.
- Welskopp, Thomas: Identität ex negativo. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre, in: Jarausch, Konrad / Sabrow, Martin (Hg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen 2002, S. 109-139.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München ⁴2005.
- Ders.: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 1, München ⁶2005.

Ders.: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, Bd. 2, München ⁶2005.

Ders. (Hg.): Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002.

Wirsching, Andreas: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2005.

Ders.: Abschied vom Provisorium 1982-1990, München 2006.

Ders. (Hg.): Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich, München 2007.

Wolfrum, Edgar, Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009.

Ders.: Das Erbe zweier Diktaturen und die politische Kultur des gegenwärtigen Deutschlands im europäischen Kontext, in: Sigmund, Steffen / Albert, Gert u.a. (Hg), Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius, Wiesbaden 2008.

Ders.: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

Ders.: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

Zum Autor

Edgar Wolfrum (Jg.1960), Dr. phil., Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Heidelberg. Studium in Freiburg i.Br. und Salamanca, Promotion 1990, Habilitation 1999. 1991-1994 Referatsleiter für Geschichte bei der Volkswagen-Stiftung in Hannover, 1994-2000 Hochschulassistent an der FU Berlin. Stipendien des DAAD und der DFG, CNRS-Stipendiat in Paris, Vertretungs- und Gastprofessuren in Innsbruck und Mannheim. Neuere Buchveröffentlichungen: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart: Klett-Cotta 2006 (3. Auflage 2007, englische und tschechische Übersetzung). Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Vandenhoeck & Ruprecht, 3. Auflage 2005 (koreanische Übersetzung 2007); Hg. zus. mit Carola Sachse: Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa. (= Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert, Bd. 1) Göttingen: Wallstein Verlag 2008. Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München: C.H. Beck 2009; Die 101 wichtigsten Fragen: Bundesrepublik Deutschland 1949-2009, München: C.H. Beck 2009.



In der Diskussion: Dr. Meik Woyke (l.) und Prof. Dr. Edgar Wolfrum